



Versorgungssicherheit im Winter: Bundesrat muss handeln

Aufgrund des Krieges in der Ukraine droht der Schweiz im kommenden Winter eine Versorgungskrise mit einem Rückgang der verfügbaren Gasmengen um 30 Prozent. In geringerem Ausmass sind auch Schwierigkeiten bei der Stromversorgung möglich. Die SP schlägt Alarm und fordert den Bundesrat auf, die kurzfristigen Vorbereitungen zu beschleunigen und zusätzliche Investitionen voranzutreiben, die bis 2025 Wirkung zeigen.

Die Steuerung der Gasversorgung und der Stromimporte kann nur in Verbindung mit Europa gedacht werden. Die Schweiz ist daher auf die Solidarität ihrer Nachbarländer angewiesen. Diese können sich jedoch nur dann mit uns solidarisch zeigen, wenn die Schweiz Vorkehrungen trifft, um ihren Gasverbrauch im Falle von Versorgungsschwierigkeiten zu reduzieren – wie es die EU allen Mitgliedsstaaten empfohlen hat.

Auf nationaler Ebene ist eine solche Strategie ohnehin unabdingbar: Denn gelingt es uns nicht, die Nachfrage nach Gas an die verfügbaren Mengen anzupassen und es zu einem Druckabfall im Netz kommt, werden viele Anlagen ausfallen. Diese Ausfälle könnten länger dauern als die Gasknappheit selbst, da oftmals ein:e Spezialist:in vor Ort benötigt wird, um die Heizkessel wieder in Gang zu bringen. Betroffene würden also nicht nur von einem leichten Rückgang getroffen, sondern möglicherweise sogar von einem Heizungs-Stillstand.

Bei grosser Kälte und Strommangel in Europa könnte ausserdem ein ähnliches Problem beim Strom auftreten: Wenn wir Lastabwürfe (sprich, regional gesteuerte Abschaltungen des Stromnetzes für mehrere Stunden) wie in Frankreich vermeiden wollen, müssen wir in der Lage sein, den Verbrauch präventiv ein wenig zu senken.

Deshalb fordert die SP Schweiz, dass der Bundesrat im Frühsommer einen Plan für Energiesicherheit und Solidarität für den Winter verabschiedet. Zu diesem gehört:

- Einrichtung eines operationellen Dispositivs zur vorübergehenden Senkung des Verbrauchs, um ein Chaos zu vermeiden und um bei unseren Nachbarn glaubwürdig zu sein – das ist die zwingende Voraussetzung für Solidaritätsabkommen. Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) muss hier endlich seine ureigene Aufgabe erfüllen.
- Erarbeitung einer Kooperations- und Solidaritätsstrategie mit den Nachbarländern (entsprechende Gespräche sind am Laufen)

- Rasche Verabschiedung des «Rettungsschirms» im Parlament, um eine Liquiditätskrise der Elektrizitätsunternehmen zu verhindern. Die bürgerlichen Parteien müssen ihre Verhinderungsstrategie beenden.

Zur Senkung des Stromverbrauchs schlagen wir konkret vier Massnahmen vor, die zu Winterbeginn in Kraft treten sollten:

- «Quick-win»-Programm zum Austausch veralteter und ineffizienter Elektrogeräte (z.B. Neonröhren mit LED-Lampen ersetzen oder Gusseisen/Vitroceram mit Induktionskochplatten).
- Ersatz von Gas durch Heizöl in der Industrie und bei der Fernwärme, sofern eine Zweistoffanlage vorliegt (ist bereits geplant).
- Leichte Reduzierung des Gasverbrauchs ab Beginn der Heizsaison (1° weniger oder Obergrenze bei 20°).
- Aushandlung von Solidaritätsabkommen mit den Nachbarländern.

Wenn es tatsächlich zu einer Versorgungskrise kommen sollte, schlagen wir darüber hinaus folgende vier vorübergehende Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs vor:

- Zusätzliche Senkung der Temperatur in mit Gas beheizten Gebäuden
- Unterbrechung der Gasversorgung in bestimmten Industriezweigen mit entsprechender Entschädigung der Unternehmen (sog. «Lastmanagement», sprich eine aktive Steuerung des Stromverbrauchs).
- Reduzierung des Stromverbrauchs für Heizzwecke (elektrische Widerstandsheizungen, eventuell Wärmepumpen).
- Aufruf zur vorübergehenden Reduzierung anderer Arten des Stromverbrauchs.

Die konkrete Umsetzung der meisten Massnahmen liegt im Aufgabengebiet des BWL. Dieses muss die entsprechenden Vorbereitungen nun rasch an die Hand nehmen. Wir können es uns nicht leisten, unvorbereitet zu sein.

Mittelfristig: Steigerung der Stromerzeugung im Winter und Power-to-Gas bis 2025

Abgesehen von diesen acht kurzfristigen Massnahmen zeigt der Krieg in der Ukraine einmal mehr die enorme Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energieimporten und die damit verbundene Verwundbarkeit auf. Wir sind in der Tat einem dreifachen Risiko ausgesetzt:

- Erpressbarkeit
- Finanzierungsrisiko
- Klimarisiko

Die Energiewende, welche die SP Schweiz bereits im Parteiprogramm von 1982¹ gefordert hat, muss daher beschleunigt werden. Die Schweiz hinkt hier hinterher – insbesondere aufgrund des hartnäckigen Widerstands eines Grossteils der Rechten gegen ehrgeizige Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Effizienz und Produktion.

Unter der Federführung von Simonetta Sommaruga hat der Bundesrat nun mehrere Vorschläge gemacht, welche die Energiewende vorantreiben (Runder Tisch zur Wasserkraft, Vereinfachung der Verfahren für die Photovoltaik (PV), Förderung PV ohne Eigenverbrauch, Vereinfachung der Verfahren für Wasserkraft und Windkraft, Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, «Rettungsschirm», sog. «Mantelerlass», Winterreserve). Einige davon wurden bereits definitiv verabschiedet.

Angesichts der kritischen Lage schlagen wir sechs zusätzliche, mittelfristige Massnahmen vor, die bis 2025 konkrete Auswirkungen haben. Sie ergänzen die aktuelle Energie- und Klimapolitik und die laufenden Projekte (Ersatz von Heizungen im indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative und die geplante Klimafonds-Initiative von SP und Grünen):

- Solarpflicht für grosse Dächer und Neubauten entsprechend den europäischen Vorschlägen. Dies soll allenfalls auch für grosse geeignete Infrastrukturen gelten.
- Einführung eines Ausnahmeverfahrens für die direkte Genehmigung durch den Bundesrat von Solarparks am Boden, die durch ein dringliches Gesetz zu verabschieden sind, für insgesamt 3 Gigawatt.
- Stausee-Erhöungsprojekte und beide Neubauten, die in der Vereinbarung des Runden Tisches zur Wasserkraft aufgeführt sind, in einem Ad-hoc-Gesetz zu nationalem Interesse erklären.
- Einführung eines nationalen Campus für die Energiewende, um jährlich 4000 Fachleute auszubilden.
- Start eines nationalen 300-Megawatt-Pilotprogramms zur Erzeugung von Wasserstoff aus dem Sommerüberschuss an erneuerbarem Strom nach dem «Power-to-Gas»-Verfahren.
- Beteiligungen an europäischen Projekten zur Reindustrialisierung, insbesondere zur Herstellung von Schlüsselkomponenten für die Energiewende.²

¹Siehe https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/1982_parteiprogramm_d_0.pdf. Zum Thema siehe auch die am SP-Parteitag vom 5. Februar 2022 verabschiedete Resolution «Langfristige Stromversorgungssicherheit – die SP für den schnellen Zubau von erneuerbaren Energien und für zukunftsfähige Arbeit» https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/stromversorgungssicherheit_d.pdf

² <https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/handelspolitik-und-strategische-autonomie-der-eu/>